

Verordnungsblatt für das Generalgouvernement

Dziennik Rozporządzeń
dla Generalnego Gubernatorstwa

1942

Ausgegeben zu Krakau, den 15. September 1942

Wydano w Krakau, dnia 15 września 1942 r.

Nr. 74

Tag dzień	Inhalt/Treść	Seite strona
5. 9. 42	Verordnung über die Durchführung von Dienststrafverfahren gegen die im Generalgouvernement tätigen deutschen Beamten	507
31. 8. 42	Anordnung über die Preisbildung im Beherbergungsgewerbe Zarządzenie o kształtowaniu cen w przemyśle gospodnim	508 508

Verordnung

über die Durchführung von Dienststrafverfahren gegen die im Generalgouvernement tätigen deutschen Beamten.

Vom 5. September 1942.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers vom 12. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2077) verordne ich:

§ 1

Auf die im Generalgouvernement tätigen deutschen Beamten finden die Reichsdienststrafordnung (RDStO) vom 26. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 71) und die hierzu erlassenen und noch ergehenden Ergänzungs- und Durchführungsvorschriften nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen Anwendung.

§ 2

(1) Einleitungsbehörde im Sinne des §. 29 Abs. 1 RDStO ist für die im Generalgouvernement tätigen — auch für die dorthin abgeordneten — deutschen Beamten der Generalgouverneur, sofern das Dienstvergehen ganz oder überwiegend im Generalgouvernement begangen ist, im übrigen der zuständige Fachminister bzw. die zuständige Oberste Reichsbehörde.

(2) Für den Staatssekretär der Regierung und seine Vertreter, die Hauptabteilungsleiter der Regierung, die Gouverneure und ihre ständigen Vertreter sowie den Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin ist der Generalgouverneur auch dann Einleitungsbehörde, wenn das Dienstvergehen nicht ganz oder überwiegend im Generalgouvernement begangen ist; er stellt hierbei das Einvernehmen mit dem zuständigen Fachminister bzw. der zuständigen Obersten Reichsbehörde her.

(3) In Zweifelsfällen entscheidet der Generalgouverneur im Benehmen mit dem zuständigen Fachminister bzw. der zuständigen Obersten Reichsbehörde, wer Einleitungsbehörde ist.

(4) Einleitungsbehörde für die deutschen Beamten des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes der Ostbahn ist der Leiter der Hauptabteilung Eisenbahnen in der Regierung des Generalgouvernements in seiner Eigenschaft als Präsident der Generaldirektion der Ostbahn. Einleitungsbehörde für die deutschen Beamten des höheren Dienstes der Ostbahn ist der Reichsverkehrsminister.

§ 3

(1) Bei der Regierung des Generalgouvernements in Krakau wird eine Dienststrafkammer errichtet.

(2) Die Dienststrafkammer bei der Regierung des Generalgouvernements ist im ersten Rechtszug für alle im Generalgouvernement tätigen deutschen Beamten zuständig, sofern nicht der Generalgouverneur feststellt, daß das Dienstvergehen ganz oder überwiegend außerhalb des Generalgouvernements begangen ist.

(3) Für die im Generalgouvernement tätigen deutschen Beamten der Ostbahn ist die Dienststrafkammer bei der Regierung des Generalgouvernements dann zuständig, wenn die im § 2 Abs. 4 bestimmte Einleitungsbehörde das Verfahren bei ihr anhängig macht.

§ 4

Die Mitglieder der Dienststrafkammer bei der Regierung des Generalgouvernements (der Vor-

sitzende, seine Stellvertreter, rechtskundige und andere Beisitzer) werden von dem Generalgouverneur berufen. Als Mitglieder können auch abgeordnete Beamte berufen werden.

§ 5

(1) Für das förmliche Dienststrafverfahren gegen deutsche Beamte der Justizverwaltung wegen Dienstvergehen, die ganz oder teilweise in oder bei Ausübung der Rechtspflege begangen sind, wird bei dem Deutschen Obergericht in Krakau eine Dienststrafkammer errichtet.

(2) Vorsitzender der Dienststrafkammer beim Deutschen Obergericht in Krakau ist der Leiter des Deutschen Obergerichts in Krakau, seinen Stellvertreter und die übrigen Mitglieder der Dienststrafkammer beruft der Generalgouverneur aus dem Kreis der im Generalgouvernement tätigen planmäßigen richterlichen deutschen Beamten.

§ 6

Die Dienststrafkammern führen als Dienstsiegel das Deutsche Dienstsiegel gemäß den §§ 2 und 3

K r a k a u, den 5. September 1942.

Der Generalgouverneur
In Vertretung
Bühler

der Verordnung über die Führung von Dienstsiegeln im Generalgouvernement vom 12. September 1941 (VBIGG. S. 545) mit der Umschrift „Generalgouvernement — Dienststrafkammer“.

§ 7

Auf die dem Reichsführer **SS** und Chef der Deutschen Polizei und auf die der Wehrmacht unterstellten deutschen Beamten finden die Vorschriften dieser Verordnung keine Anwendung. Jedoch ist die Dienststrafkammer bei der Regierung des Generalgouvernements auch für das förmliche Dienststrafverfahren gegen deutsche Polizeibeamte im ersten Rechtszug zuständig, wenn der Reichsführer **SS** und Chef der Deutschen Polizei oder die von ihm beauftragten Stellen die Durchführung des Verfahrens vor dieser Kammer beantragen.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 15. September 1942 in Kraft.

Anordnung

über die Preisbildung im Beherbergungsgewerbe.

Vom 31. August 1942.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Preisbildungsverordnung vom 12. April 1940 (VBIGG. I S. 131) ordne ich an:

§ 1

(1) Inhaber von Betrieben, die gewerbsmäßig Fremde beherbergen, haben am Eingang oder bei der Anmeldestelle ihres Betriebes an gut sichtbarer Stelle ein Gesamtverzeichnis der vorhandenen Zimmer anzubringen, auf dem für jedes einzelne Zimmer unter Angabe der Zimmernummer und der Zahl der Betten der Preis je Bett, der Frühstückspreis, der Pensionspreis und der Bedienungszuschlag angegeben sind. Wird Pension gewährt, so ist neben dem Pensionspreis die Anzahl der Mahlzeiten, die dafür verabfolgt werden, anzugeben.

(2) Außerdem ist in jedem der Beherbergung von Fremden dienenden Zimmer an gut sichtbarer Stelle eine Preistafel mit den in Abs. 1 genannten Angaben anzubringen.

(3) Die Angaben auf dem Gesamtverzeichnis müssen mit den Angaben auf den Preistafeln in den einzelnen Zimmern übereinstimmen. Das Gesamtverzeichnis und die Preistafeln dürfen nur einseitig oder auf beiden Seiten gleich beschriftet sein.

(4) Das Gesamtverzeichnis und die Preistafeln müssen in deutscher und polnischer Sprache, im Distrikt Galizien in deutscher und ukrainischer

Zarządzenie

o kształtowaniu cen w przemyśle gospodnim.

Z dnia 31 sierpnia 1942 r.

Na podstawie § 1 ust. 2 rozporządzenia o kształtowaniu cen z dnia 12 kwietnia 1940 r. (Dz. Rozp. GG. I str. 131) zarządzam:

§ 1

(1) Właściciele zakładów, trudniący się zawodo przemysłem gospodnim, winni umieścić przy wejściu lub przy portierni swojego zakładu w miejscu dobrze widocznym ogólny wykaz pokoi, w którym podać należy dla każdego poszczególnego pokoju, wraz z podaniem jego numeru i ilości łóżek, cenę za każde łóżko, cenę śniadania, cenę pokoju wraz z całodziennym utrzymaniem i dopłatą za usługę. Jeżeli wynajmuje się pokój wraz z całodziennym utrzymaniem, to obok ceny pokoju wraz z całodziennym utrzymaniem podać należy ilość wydawanych posiłków.

(2) Ponadto w każdym pokoju, przeznaczonym dla gości, należy umieścić w miejscu dobrze widocznym cennik z danymi wymienionymi w ust. 1.

(3) Dane w wykazie ogólnym muszą się zgadzać z danymi w cennikach, umieszczonych w poszczególnych pokojach. Wykaz ogólny i cenniki wolno zapisywać tylko na jednej stronie lub w jednokowym brzmieniu na obu stronach.

(4) Wykaz ogólny i cenniki muszą być zredagowane w języku niemieckim i polskim, w Okręgu Galizien (Galicja) w języku niemieckim i ukraiń-

oder polnischer Sprache abgefaßt sein. In Betrieben, die nur Deutsche beherbergen dürfen, genügt die Bekanntgabe in deutscher Sprache.

§ 2

Der Inhaber eines Beherbergungsbetriebes hat das Gesamtverzeichnis in doppelter und die Preistafeln in einfacher Ausfertigung der Gruppe Fremdenverkehr in der Hauptgruppe „Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr“ in der örtlich zuständigen Distriktskammer für die Gesamtwirtschaft zur Prüfung und Unterzeichnung oder Abstempelung und sodann dem Kreishauptmann (Stadthauptmann) zur Abstempelung vorzulegen. Ein Stück des Gesamtverzeichnisses behält der Kreishauptmann (Stadthauptmann) zurück.

§ 3

(1) Für den Zimmerpreis ist die Anzahl der in dem Zimmer befindlichen Betten maßgebend.

(2) Der Preis für ein Bett wird unter Zugrundelegung des behördlich festgesetzten Durchschnittspreises sämtlicher der Beherbergung von Fremden dienender Betten in dem Betrieb berechnet. Je nach Ausstattung und Lage des Zimmers kann der Inhaber des Beherbergungsbetriebes einen höheren oder geringeren Preis als den Durchschnittspreis für ein Bett berechnen, darf jedoch den behördlich festgesetzten Mindestpreis nicht unterschreiten. Der Gesamtpreis sämtlicher der Beherbergung von Fremden dienenden Betten in dem Betrieb darf den Betrag, der sich aus der Vervielfachung ihrer Anzahl mit dem Durchschnittspreis ergibt, nicht überschreiten.

(3) Der Inhaber eines Beherbergungsbetriebes hat 10 v. H. der der Beherbergung von Fremden dienenden Betten zum Mindestpreis zur Verfügung zu stellen.

(4) Im Zimmerpreis sind sämtliche Steuern und Gemeindeabgaben sowie die üblichen Nebenleistungen inbegriffen.

(5) Zu dem Bettpreis darf ein Zuschlag von 15 v. H. als Bedienungsgeld erhoben werden. Hierdurch werden sämtliche üblichen Bedienungslösungen abgegolten.

(6) Während der Heizperiode darf zu dem sich aus Zimmerpreis und Bedienungsgeld ergebenden Preise ein Heizungszuschlag erhoben werden.

§ 4

Der Durchschnittspreis, der Mindestpreis und die Höhe des Heizungszuschlags werden von der Regierung des Generalgouvernements (Amt für Preisbildung) festgesetzt. Diese Befugnis kann gemäß § 1 Abs. 3 der Preisbildungsverordnung vom 12. April 1940 (VBIGG. I S. 131) weiter übertragen werden.

§ 5

Die Erhebung eines Zuschlages bei Nichteinnahme des Frühstückes und die Berechnung jahreszeitlich verschiedener Preise (Saisonpreise) sind unzulässig. Der Gouverneur des Distrikts kann Ausnahmen von dieser Bestimmung zulassen oder anordnen.

§ 6

Wird ein Doppelzimmer nur an eine Person vermietet, dann darf nur die Hälfte des Zimmerpreises verlangt werden. In diesem Falle ist jedoch

skim lub polskim. W zakładach, przyjmujących w gościnę tylko Niemców, wystarcza ogłoszenie w języku niemieckim.

§ 2

Właściciel zakładu gospodniego winien przedłożyć wykaz ogólny w podwójnym a cenniki w pojedynczym egzemplarzu Grupie Ruch Turystyczny w Grupie Głównej „Gospodarka Przemysłowa i Ruch“ w miejscowo właściwej Izbie Okręgowej dla Gospodarki Ogólnej do zbadania i podpisu lub ostemplowania, a następnie staroście powiatowemu (staroście miejskiemu) do ostemplowania. Jeden egzemplarz wykazu ogólnego zatrzymuje starosta powiatowy (starosta miejski).

§ 3

(1) Dla ceny pokoju miarodajna jest ilość łóżek znajdujących się w pokoju.

(2) Cenę za łóżko ustala się biorąc za podstawę urzędowo ustaloną przeciętną cenę wszelkich przeznaczonych dla gości łóżek w zakładzie. Stosownie do wyposażenia i położenia pokoju może właściciel zakładu gospodniego ustalić za łóżko wyższą lub niższą cenę niż cena przeciętna, nie wolno mu jednak przekraczać urzędowo ustalonej ceny minimalnej. Cena ogólna wszelkich łóżek w zakładzie, przeznaczonych dla gości, nie może przekraczać kwoty wynikającej z pomnożenia ich liczby przez cenę przeciętną.

(3) Właściciel zakładu gospodniego winien oddać do dyspozycji 10 % łóżek, przeznaczonych dla gości, po cenie minimalnej.

(4) Cena pokoju winna obejmować wszystkie podatki i opłaty komunalne jako też zwykle świadczenia uboczne.

(5) Od ceny łóżka wolno pobierać dodatek 15 % jako dopłatę za usługę. Wliczone są w to wszystkie zwykle świadczenia usług.

(6) W okresie ogrzewania wolno doliczać do ceny, wynikającej z ceny pokoju i dopłaty za usługę, dodatek za ogrzewanie.

§ 4

Cenę przeciętną, cenę minimalną i wysokość dodatku za ogrzewanie ustala Rząd Generalnego Gubernatorstwa (Urząd dla Kształtowania Cen). Uprawnienie to można przenieść stosownie do § 1 ust. 3 rozporządzenia o kształtowaniu cen z dnia 12 kwietnia 1940 r. (Dz. Rozp. GG. I str. 131).

§ 5

Niedopuszczalne jest pobieranie dodatku, jeżeli nie korzystano ze śniadania, oraz różnych cen zależnie od pór roku (cen sezonowych). Gubernator Okręgu może zezwolić na wyjątki lub zarządzić wyjątki od niniejszego postanowienia.

§ 6

Jeżeli wynajmuje się dwuosobowy pokój tylko jednej osobie, wolno żądać tylko połowy ceny pokoju. W tym wypadku, jednak gość zobowiązany

der Gast verpflichtet, auf Verlangen des Inhabers des Beherbergungsbetriebes das Zimmer mit einem anderen Gast zu teilen.

§ 7

Wird in einem Einzelzimmer zusätzlich eine Schlafgelegenheit aufgestellt, so ist für ein Bett ein Zuschlag von 75 v. H. und für ein behelfsmäßiges Lager (z. B. Sofa, Ruhebett, Harmonikabett) oder ein Kinderbett ein Zuschlag von 50 v. H. des Zimmerpreises zu erheben; handelt es sich um ein Doppelzimmer, so beträgt der entsprechende Zuschlag 35 v. H. und 25 v. H.

§ 8

Der Inhaber eines Beherbergungsbetriebes hat über die einem Gast berechneten Preise eine Rechnung in doppelter Ausfertigung auszustellen, deren eine dem Gast auszuhändigen ist. Die andere Ausfertigung hat der Inhaber eines Beherbergungsbetriebes als Beleg zwei Jahre lang aufzubewahren.

§ 9

Wer dieser Anordnung zuwiderhandelt, wird nach § 6 der Preisbildungsverordnung vom 12. April 1940 (VBIGG. I S. 131) bestraft.

§ 10

Diese Anordnung tritt am 15. September 1942 in Kraft.

K r a k a u, den 31. August 1942.

**Der Leiter
des Amtes für Preisbildung
in der Regierung des Generalgouvernements
Dr. Schulte-Wissermann**

ny jest na żądanie właściciela zakładu gospodniego dzielić pokój z drugim gościem.

§ 7

Jeżeli w jednoosobowym pokoju umieszcza się dodatkowe posłanie, to za jedno łóżko należy pobierać dodatek 75 %, a za prowizoryczne posłanie (np. sofę, kanapę, łóżko składane) lub za łóżko dziecinne dodatek 50 % od ceny pokoju; jeżeli chodzi o pokój dwuosobowy, to odpowiedni dodatek wynosi 35 % i 25 %.

§ 8

Właściciel zakładu gospodniego winien wystawić na policzone gościowi ceny rachunek w podwójnym egzemplarzu. Jeden egzemplarz należy wręczyć gościowi, drugi egzemplarz winien właściciel zakładu gospodniego zachować przez przeciąg 2 lat jako dowód.

§ 9

Kto wykracza przeciw niniejszemu zarządzeniu, podlega karze według § 6 rozporządzenia o kształtowaniu cen z dnia 12 kwietnia 1940 r. (Dz. Rozp. GG. I str. 131).

§ 10

Zarządzenie niniejsze wchodzi w życie z dniem 15 września 1942 r.

K r a k a u, dnia 31 sierpnia 1942 r.

**Kierownik
Urzędu dla Kształtowania Cen
w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa
Dr Schulte-Wissermann**

Herausgegeben von dem Amt für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements, Krakau 20, Regierungsgebäude. Druck: Zeitungsverlag Krakau-Warschau G.m.b.H. Krakau, Poststrasse 1. Erscheinungsweise: Nach Bedarf. Bezugspreis: Vierteljährlich 12,— Zloty (6,— RM.) einschliesslich Versandkosten. Einzelnummern werden nach dem Umfang berechnet, und zwar beträgt der Preis je Blatt —,20 Zloty (—,10 RM.). Bezieher im Generalgouvernement können den Bezugspreis auf das Postscheckkonto Warschau Nr 400, Bezieher im Deutschen Reich auf das Postscheckkonto Berlin Nr 41800 einzahlen. Auslieferung: Für das Generalgouvernement und für das Deutsche Reich durch die Auslieferungsstelle für das Verordnungsblatt, Krakau 1, Postschliessfach 110. Geschäftsräume der Auslieferungsstelle: Krakau, Universitätsstrasse 16. Für die Auslegung der Verordnungen ist der deutsche Text massgebend. Zitierweise: VBIGG (früher: Verordnungsblatt GGP I/II).

Wydawany przez Urząd dla Ustawodawstwa w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa, Krakau 20, Gmach Rządowy. Druk: Zeitungsverlag Krakau-Warschau, Spółka z ogr. odp. Krakau, Poststrasse 1. Sposób ukazywania się: wedle potrzeby. Prenumerata: kwartalnie 12,— złotych (6,— RM.) łącznie z kosztami przesyłki. Egzemplarze pojedyncze oblicza się według objętości, a mianowicie cena za każdą kartkę wynosi —,20 złotych (—,10 RM.). Abonenci w Generalnym Gubernatorstwie wpłacać mogą prenumeratę na pocztowe konto czekowe Warschau Nr 400, abonenci w Rzeszy Niemieckiej na pocztowe konto czekowe Berlin Nr 41800. Wydawanie: dla Generalnego Gubernatorstwa i dla Rzeszy Niemieckiej przez Placówkę Wydawniczą dla Dziennika Rozporządzeń, Krakau 1, skrytka pocztowa 110. Lokale urzędowe Placówki Wydawniczej: Krakau, Uniwersitätsstrasse 16. Dla interpretacji rozporządzeń miarodajny jest tekst niemiecki. Skróty: Dz. Rozp. GG. (dawniej: Dz. rozp. GGP. I/II).